



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein- Westfalen

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 20.09.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die NRW-Koalition steht für eine Politik, die in Fragen von Migration und Integration auf klare Regeln und mehr Verbindlichkeit setzt. Mit einem Einwanderungsgesetz wollen wir die Einwanderung von Fachkräften steuern und erleichtern. Wir werden aber auch weiterhin politisch oder anders Verfolgten sowie Opfern von Krieg, Bürgerkrieg und staatlicher Willkür Schutz bieten. Wir wollen zudem den Menschen eine Perspektive bieten, die bereits seit mehreren Jahren hier leben und sich gut integriert haben, die über eine Arbeitsstelle verfügen oder sich selbstständig gemacht haben.

Dies bedeutet aber auf der anderen Seite: Menschen, die nicht schutzbedürftig sind oder die sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren wollen, müssen unser Land wieder verlassen. Wir wollen deshalb die Ausreisepflicht von Menschen, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, zügiger und konsequenter durchsetzen.

Dabei hat für uns die Rückführung von Straftätern und Gefährdern höchste Priorität. Die Landesregierung hat in dieser Frage schon einiges auf den Weg gebracht, um Verfahren effektiver zu gestalten wie zum Beispiel mit der Einrichtung von Zentralen Ausländerbehörden. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Abschiebungshaft, um bei den Personen, bei denen ein Untertauchen zu befürchten ist, eine Abschiebung überhaupt durchführen zu können.

Anrede

Die praktischen Erfahrungen mit dem bisherigen Abschiebungshaftvollzugsgesetz haben gezeigt, dass gesetzliche Anpassungen notwendig sind. Wer Vorfälle in der UfA Büren wie Angriffe auf Beschäftigte oder Entweichungen kritisiert, der sollte auch erkennen, dass zur Wahrung der Sicherheit in der Einrichtung klare Regeln nötig sind. Bei Fehlverhalten muss auch die Möglichkeit von spürbaren Sanktionen bestehen.

Die frühere rot-grüne Landesregierung hat jedoch eher Sicherungsmaßnahmen vernachlässigt. Sie wollte einen Haftcharakter der Unterbringung möglichst vermeiden. Hier sind Korrekturen unumgänglich.

Dies gilt insbesondere, wenn wir uns die Klientel der UfA Büren näher betrachten. Zu einem großen Teil sind darunter inzwischen Gewalttäter, Drogensüchtige oder Medikamentenabhängige sowie islamistische Gefährder. Bei diesen Personen können wir nicht davon ausgehen, dass sie sich ohne Probleme in den Vollzug einfügen und die Ordnung in der Anstalt respektieren.

Wir brauchen daher einen besonders gesicherten Gewahrsamsbereich für als gefährlich eingeschätzte Personen. Wir müssen die Bewegungsfreiheit, die Nutzung von Mobiltelefonen oder den freien Zugang zum Internet einschränken können, sofern eine Gefahrenabwehr dies erforderlich macht. Wir wollen den Informationsaustausch mit Ausländerbehörden, Polizei und Justizvollzug über sicherheitsrelevante Aspekte verbessern. Wir brauchen eine verbindliche Hausordnung, die auch Sanktionen von erheblichem Fehlverhalten vorsieht.

Anrede

Wir erkennen einen steigenden Bedarf an Abschiebehaftplätzen. Gründe dafür sind unter anderem eine zunehmende Zahl von Ausreisepflichtigen, verbesserte Möglichkeiten zur Rückführung nach Nordafrika und veränderte Maßstäbe bei Gefährdern. Die NRW-Koalition hat deshalb frühzeitig einen Ausbau der Kapazitäten der UfA Büren beschlossen.

Zusätzliche Kapazitäten erfordern auch zusätzliches qualifiziertes Vollzugspersonal. Mit klaren Regeln und Sanktionen können wir die Sicherheit der Beschäftigten erhöhen und deren Arbeit erleichtern. Zudem wollen wir die Möglichkeit schaffen, auch Vollzugsbeamte aus Polizei und Justiz im Ruhestand für fünf Jahre in der Abschiebungshaft einsetzen zu können.

Anrede

Sie sehen: Die NRW-Koalition handelt. Wir greifen Probleme auf. Wir schaffen mit klaren gesetzlichen Regeln einen praktikablen und sicheren Vollzug.

Vielen Dank!